

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

der Doppelhaushalt für Sachsen 2013/2014 ist beschlossene Sache. Damit haben die schwarz-gelben Regenten im Elfenbeinturm weder den zunehmenden Lehrkräftemangel entschärft noch die besorgniserregenden Defizite bei der öffentlichen Sicherheit durch den Polizei-Personalabbau behoben. Sachsen leistet auch weder einen Beitrag zur wirkungsvollen Bekämpfung von Armut noch zu einer sozial-ökologischen Energiewende. All diese ungelösten Aufgaben werden wohl erst von einer rot-rot-grünen Mehrheit nach der nächsten Wahl im Herbst 2014 in Angriff genommen.

Darauf arbeiten wir hin. Dies tun wir weder am grünen Tisch noch abgehoben von der sächsischen Alltagsrealität wie diese schwarz-gelbe Koalition. Sie will unser Land, in dem es seit vielen Jahren keine Neuverschuldung gibt, durch ein Schuldenverbot voranbringen – und durch solche „bahnbrechende“ Projekte wie die Sonntagsöffnung von Autowaschanlagen und Videotheken.

Wir suchen dagegen das Gespräch vor Ort mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, über die wirklichen Probleme, die zu lösen Politik da ist. Vom 4. März bis zum 5. April werde ich in allen Kreisen und kreisfreien Städten auf Tour sein, um mit unseren Landtagsabgeordneten aus den Regionen weitere Arbeitsaufträge aus der Bevölkerung entgegenzunehmen. Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen, live vor Ort und jederzeit im Internet unter www.dialog-fuer-sachsen.de und in meinem Blog: www.rico-gebhardt.de.

Rico Gebhardt

Ihr Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ein Land – zwei Welten

Glaut man Wirtschaftsminister Morlok, liegt Sachsen bald im Paradies. 2011 sei das „Rekordjahr für Export“ gewesen, es habe „mehr Umsatz und weniger Arbeitslose“ gegeben, teilte der Liberale mit. Auch wenn die Bilanz für 2012 noch nicht vorliege, entwickle sich der Freistaat gut. Dem wollte Finanzminister Unland (CDU) wohl nicht nachstehen und erklärte das Haushaltsjahr 2012 als „ein gutes für Sachsen“ mit einem „Plus auf dem Konto“. Konkret hat Sachsen im Vorjahr insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro mehr eingenommen als geplant und liegt damit einnahmestechnisch mindestens auf Vorkrisen-Niveau von 2008.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen hat Schwarz-Gelb unter Zuhilfenahme des Totschlagsarguments „Krise“ vor nicht mal einem Monat einen Doppelhaushalt durchgepeitscht, der die zahllosen, vor allem kulturell-sozialen Grausamkeiten des vor-

angegangenen Haushalts nicht mal ansatzweise korrigiert. Wo die Welt-Finanzkrise Sachsen wirklich trifft, könnten Morlok und Unland zum Beispiel von Menschen mit niedrigen Renten oder unter Hartz-IV-Bezug erfahren, die unter den kontinuierlich steigenden Preisen leiden und auf keinen, wie auch immer gearteten „Sparstrumpf“ zurückgreifen können.



© Rainer Sturm / PIXELIO

Der Sozialexperte der Fraktion DIE LINKE, **Dr. Dietmar Pellmann**, kritisiert in dem Zusammenhang die zum 1. Januar erfolgte „Aufstockung“ des Hartz-IV-Regel-

satzes um ganze acht Euro, da diese von der Inflationsrate von über zwei Prozent mehr als aufgezehrt wird: „Vielmehr kommt es zur weiteren Verschlechterung der Lebenslagen und zu wachsender Armut. Davon sind gerade im Niedriglohnland Sachsen weit mehr Menschen betroffen als in den meisten anderen Bundesländern, deren Einkommen nur geringfügig über der so genannten Grundsicherungs-Bedarfsgrenze liegt.“ 2012 waren die Preise für Nahrungsmittel um knapp fünf, für Obst um fast zehn und für Gemüse sogar um zwölf Prozent angestiegen. Die Strompreise haben um 3,2 Prozent angezogen. All das untermauert auch die Forderung der LINKEN, die Hartz-IV-Regel-sätze schrittweise auf 500 Euro anzuheben, eine Kindergrundsicherung und armutsfeste Mindestrenten einzuführen. Solange der Zuwachs an Armut in Sachsen den des Exports übertrifft, wird Sachsen ein Land der zwei Welten bleiben.

Von Bayern lernen, heißt ... ?!

Mitte Dezember nahm der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Rico Gebhardt, gemeinsam mit Vertretern der anderen vier demokratischen Fraktionen des Landtags einen Aufruf zur Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden entgegen. Das Vier-Punkte-Programm zur Reform der Sächsischen Gemeindeordnung und für faire Regelungen der Bürgerbeteiligung wurde vom Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie“ erarbeitet.

Gebhardt begrüßte den Reformaufruf, denn „Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene und Volksbegehren in der Landespolitik sind in erster Linie Formen der Beteiligung und nicht des Protestes. Direkte Demokratie ist neben der repräsentativen Demokratie ein Pfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Soweit die Theorie. Gerade in Sachsen aber sieht die Praxis anders aus: Abstimmungen scheitern auf Landesebene an einem zu hohem Unterschriftsquo-



rum, auf kommunaler Ebene finden Initiativen zwar oft eine Mehrheit, erreichen aber nicht das Zustimmungsquorum.

In Bayern dagegen hat es durch vergleichsweise bürgerfreundliche Regelungen seit Mitte der 90er

Jahre bis Mitte 2010 rund 1.700 Bürgerbegehren und fast tausend Bürgerentscheide gegeben. „Da Ministerpräsident Tillich und die CDU sich bei jeder Gelegenheit auf das Vorbild Bayern beziehen, möge dies ab sofort auch für die direkte Demokratie gelten!“, empfahl Gebhardt.

ROTE mit GRÜNEM zu Gast in Magdeburg

Der GRÜNE stammt aus dem Erzgebirge, hat mächtig Umdrehungen und soll helfen, wenn's mal im Magen grummelt. Neben dem Fläschchen „Lauterbacher Tropfen“ aus Rico Gebhardts Heimat hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Sächsischen Landtag noch Russisch Brot dabei. Sozusagen als Gastgeschenk von der Elbe an die Elbe, von Dresden an Magdeburg, von den sächsischen Landtags-LINKEN an die Schwesterfraktion in Sachsen-Anhalt. Nach Thüringen hat sich Gebhardt mit seinem Besuch in Magdeburg nun auch persönlich als neuer Vorsitzender der hiesigen Landtags-LINKEN in Sachsen-Anhalt vorgestellt.

Nazis entgegentreten. Überall

Die Kooperation der Fraktionen der LINKEN in den Landtagen von Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen soll insbesondere im Bundestagswahljahr, aber auch darüber hinaus weiter vertieft werden. Bei dem Arbeitstreffen in Sachsen-Anhalt standen ebenso wie in



Erfurt zwei Themen im Mittelpunkt: Antifaschistischer Widerstand und Landesentwicklung. Ging es in Thüringen vornehmlich um den NSU und die Untersuchung des Umgangs der Behörden mit der Neonazi-Gruppe, wurden in Magdeburg vor allem Erfahrungen über den Widerstand gegen Nazi-Demos ausgetauscht. Die Vorsitzenden

der LINKEN-Landtagsfraktionen in Sachsen und Sachsen-Anhalt, Rico Gebhardt und Wulf Gallert (im Foto links) waren sich darin einig, dass nicht nur in den Landeshauptstädten Dresden und Magdeburg verhindert werden muss, dass neue und alte Nazis ihrem menschenverachtenden Denken Raum verschaffen können.

LINKE für Drei-Länder-Verkehrskonzept

In Sachen Landesentwicklung und Raumordnung wurde vereinbart, die Kooperation zwischen den drei Bundesländern enger zu gestalten. MdL Enrico Stange, der als Fachpolitiker beide Treffen begleitete, schlug vor, ein gemeinsames Verkehrskonzept vorzubereiten. Der Entwicklung des Schienenfernverkehrs im mitteldeutschen Raum und des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes (MDSB), den Verknüpfungen des Schienenpersonen-nahverkehrs (SPNV) zwischen den drei mitteldeutschen Ländern sowie unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Luftverkehrs in den drei Ländern mit der Konzentration auf das Luftdrehkreuz Leipzig-Halle und der Elbe-Binnenschiffahrt soll dabei die Aufmerksamkeit gelten. Ziel ist zudem, noch in diesem Jahr eine Metropolregionen-Konferenz der drei Landtagsfraktionen zu auszurichten. Tagungsort könnte Altenburg sein, wo vormals gemeinsam der „Baum der Zusammenarbeit“ gepflanzt worden war.

Breitbandversorgung als Grundrecht: Schnelles Internet für alle!

Mit gleich drei Anträgen zu ein und demselben Thema hatte sich der Wirtschaftsausschuss des Landtags am Jahresbeginn zu befassen. DIE LINKE, SPD und Grüne hatten je einen Antrag zur Ausrichtung der Breitbandversorgung in Sachsen eingereicht. Keine der Oppositionsfraktionen ist mit der Versorgung mit schnellem Internet im Freistaat zufrieden, vor allem die Vernachlässigung ländlicher Räume wollen sie beseitigt sehen.

Für DIE LINKE ist der Aufbau eines überall verfügbaren, schnellen Internets von elementarer Bedeutung, was sie mit ihrem Antrag „Recht auf Versorgung mit Breitbanddiensten verankern und umsetzen – Universaldienst für Breitband-Internetanschlüsse jetzt“ (Drs 5/7983) unterstreicht. „Bei der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Breitbanddiensten handelt es sich um ein Grundrecht, ohne dessen Wahrnehmung heutzutage keine

uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich ist“, erklärt **Julia Bonk**. Die Fraktionssprecherin für neue Medien zieht dafür auch eine mögliche „Resozialisierung privater Netze“ in Betracht und regt zugleich an, bürgerschaftliche Organisationen zum Netzaus-



bau mehr als bisher staatlich zu fördern. DIE LINKE fordert die Staatsregierung zudem auf, eine Bundesratsinitiative für einen entsprechenden Rechtsanspruch zu initiieren. Bei der Sachverständigenanhörung am 15. Januar im Landtag wurde die Kritik in Sachen Breitbandausbau weitgehend geteilt und der dringende Handlungsbedarf untermauert.

Die Strategie der Marktorientierung beim Netzausbau in den letzten zehn Jahren erachtet DIE LINKE als gescheitert. „Das Angebot

schnellen Internets kann nicht davon abhängen, ob der Ausbau aus der Sicht eines Unternehmens wirtschaftlich ist. Es ist zudem inakzeptabel, dass öffentlich finanzierte Netze am Ende privaten Unternehmen gehören. Die öffentliche Hand finanziert die so genannte Wirtschaftlichkeitslücke für den Festnetzausbau im ländlichen Raum zu hundert Prozent. Daraus folgt: Was alle finanzieren, muss allen gehören. Die Datennetze gehören in kommunale Hand!“, so Bonk: „Beispiele zeigen, wo Landkreise zentral Breitband-Projekte vorantreiben, hat der Netzausbau Erfolg. In diesem Sinne muss auch die Förderpolitik auf den Prüfstand.“



800 Millionen – weg!

Er sei ein exzellenter Fachpolitiker, jedoch ein miserabler Politiker, wurde Georg Milbradt – Ex-Ministerpräsident und Ex-Finanzminister Sachsens – einst abgewatscht. Und Georg Unland – aktueller Finanzminister im Freistaat – teilt mit Milbradt offenbar mehr als nur den Vornamen. So gilt Unland wie Milbradt als beinhardter Sparkommissar. Dass er auch ein miserabler Politiker ist, versucht der kühle Blonde gleich zu Jahresbeginn zu beweisen.

Ohne das Landesparlament oder den Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) zu informieren oder zuvor gar einbezogen zu haben, informierte er am späten 15. Januar via Presse darüber, dass Sachsen mal eben und sofort weitere 311 Mio. Euro an Folgekosten für den Landesbank-Crash von 2007 an die Bankenkäufer von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) überweist. „Vorgezogene Zahlungsverpflichtungen“ heißt das im Amtsdeutsch und folgt einer Gerichtsentscheidung, nach der Sachsen Ausfallzahlungen für aus Spekulationsgeschäften der Sachsen-LB stammende Schrottpapiere früher zu leisten hat, als ursprünglich beabsichtigt. Soweit, so ärgerlich. Richtig ungemütlich wird's aber, schaut man sich das Datum des Rechtsspruchs an: 20. Dezember 2012 – und damit weit vor der Information der Öffentlichkeit und nah an der Information über die Zahlung.

„Geld ist das Brecheisen der Macht.“

Nietzsche



„Das Verhalten des Finanzministers gegenüber dem Landtag ist instinktiv und stilllos“, kritisiert **Sebastian Scheel**, der haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion

DIE LINKE im Sächsischen Landtag, der zugleich dem Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) des Landtags vorsteht. „Gerade einen Monat nach Ende der Haushaltsberatungen stellt der Finanzminister unter Beweis, dass er die von uns kritisierten übermäßigen Ermächtigung-

gen bis zur Schmerzgrenze auszureizen gedenkt. Zudem hätte es sich gehört, unmittelbar nach dem Urteil die Abgeordneten des HFA zu informieren und über das beabsichtigte weitere Vorgehen des Finanzministers zu unterrichten.“

Nach riskanten Geschäften war die Sachsen LB 2007 fast pleite und wurde per Notverkauf an die Landesbank Baden-Württemberg verschertelt. Die Verursacher des Crashes nennen es freilich „gerettet“. Im Gegenzug an die „Rettung“ bürgt Sachsen bei Ausfällen riskanter Papiere mit insgesamt 2,75 Milliarden Euro. Gut 500 Millionen davon wurden bis Ende 2012 bereits gezahlt, nach Umsetzung des Urteils vom 20. Dezember werden es rund 800 Millionen Euro sein. Und es ist davon auszugehen, dass am Ende die volle Summe fällig wird.

Laut Unland belasten die ungeplanten 311 Mio. Euro den Doppelhaushalt 2013/14 nicht, da sie dem durch Steuermehreinnahmen gut gefüllten Garantiefonds entnommen werden können. Was Unland nicht sagt, ist, was im Freistaat alles hätte realisiert werden können, hätte man die Gelder zur Landesgestaltung, für Jugendpflege und Kultur, für Kindergärten und Schulen u.v.a.m. eingesetzt, anstatt sie für die Folgen der Selbstüberschätzung wildgewordener Finanzspekulant zu Verfügung stellen zu müssen. Milbradt hatte der Crash der Landesbank nur den Job gekostet. Der Freistaat wird mit jeder Zahlungsaufforderung noch über Jahre daran „erinnert“.

Spenden konkret: Bastelmaterial für Kinder im Asylheim Löbau

Den Ausschlag gab ein Besuch beim „Frauenring Oberlausitz“. Hier informierte sich die LINKE Landtagsabgeordnete **Heiderose Gläß** bei Heidemarie Fischer über die Arbeit und die Probleme in der Frauenarbeit vor Ort. Nebenbei erfuhr die Fraktions-Gleichstellungsexpertin auch, dass die hier Engagierten gern öfter mit den Kindern im Löbauer Asylsuchendenheim basteln würden, es ihnen dafür aber schlicht an ausreichend Material fehlt. Da es aktuell am dringendsten an Leimstiften mangelt, wurden diese kurzerhand gekauft und Mitte Januar direkt im Heim abgegeben. Das freute die Kinder und vor allem Heidemarie Fischer: „Ich danke Frau

Gläß ganz herzlich. Es wäre schön, wenn solidarische Menschen noch Scheren, Zeichenkarton und ein paar Luftballons vorbeibringen könnten.“ Finden sich nach Heidi Gläß weitere Sponsoren, können die Lausitzer Frauen mit den rund 60 Kindern und jungen Erwachsenen aus dem Asylsuchendenheim wie geplant auch eine sorbische Vogelhochzeit und ein Faschingsfest vorbereiten und feiern. MdL Gläß ist dem Heim übrigens seit längerem verbunden und unterstützte auch die vom „Infoladen Zittau“ ausgerichtete Weihnachtsfeier für die heimatlosen Jungen und Mädchen, die mit ihren Eltern in Deutschland auf Asylgewährung hoffen.



50 Leimstifte für die Kids im Asylheim Löbau: MdL Heiderose Gläß (re.) übergibt ihre Spende an Heidemarie Fischer vom Frauenring Oberlausitz.

NSU-Untersuchungsausschuss in Sachsen: Die schwere Suche nach dem Warum

Gleich drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse (UA) hat der 5. Sächsische Landtag zu schultern. Der erste ist mit Ungeheimheiten der Abfallwirtschaft befasst, der zweite versucht in Fortsetzung des vorangegangenen Landtags, die dubiosen Vorgänge um den sog. Sachsen-Sumpf zu erhellen und der dritte ist als aktuellster Ausschuss mit möglichem Behördenversagen im Umfeld des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) befasst. Im Gegensatz zum UA 1 und 2 gibt es ein solches Gremium gleich mehrfach in Deutschland: In Sachsen, Thüringen, Bayern und im Bundestag. Zudem wurde eine Bund-Länder-Kommission eingerichtet. **Kerstin Köditz** wurde als Obfrau der Fraktion DIE LINKE in den sächsischen UA entsandt. Die Landtagsabgeordnete aus Grimma ist Fraktionssprecherin für antifaschistische Politik und ausgewiesene Kennerin der Neonazi-Szene im Freistaat. Für den „Parlamentsreport“ schätzt sie die Chancen und Grenzen ihrer Ausschussarbeit ein.

Frau Köditz, was hat der Untersuchungsausschuss bisher erreicht, und sind Sie damit zufrieden?

Natürlich kann man nicht zufrieden sein. Nicht bevor die NSU-Morde, Raubzüge und Anschläge und ihre Hintergründe restlos aufgeklärt sind. Zur Aufklärung gehört aber auch, Fehler, Unterlassungen und Skandale der sächsischen Sicherheitsbehörden, insbesondere des Geheimdienstes im Freistaat aufzudecken und Konsequenzen zu ziehen. Schließlich lebte das sich NSU nennende Mördertrio über ein Dutzend Jahre in Sachsen, und nie sind ihm die Behörden wirklich nahe gekommen, trotz zahlloser Spitzel in der Szene. Wir sind es vor allem den Angehörigen der Opfer dieser rassistischen Mordserie schuldig, unseren Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Noch immer sind viele Fragen offen, eine davon wäre: Wozu brauchen wir einen Geheimdienst mit 200 hauptamtlichen Mitarbeitern, wenn der offenkundig zu keiner vernünftigen Lageanalyse fähig ist?

Wer oder was besneidet die Möglichkeiten des UA in Sachsen?

Ein Untersuchungsausschuss gilt als „schärfstes Schwert“ der Opposition. Dennoch ist es irgendwie stumpf, denn seine Möglichkeiten



sind schon deshalb beschränkt, da seine Zusammensetzung die des Parlaments spiegelt. Die Regierung hat also auch hier die Mehrheit. Wenn es also um Geschehnisse geht, die in die Verantwortung der UA-Mehrheit fallen, ist der Aufklärungswille nachvollziehbar schwach ausgeprägt. Während die Untersuchungsausschüsse zum Thema NSU in Thüringen und im Bund gemeinsam eingesetzt wurden und dort auch alle Parteien an einem Strang ziehen, haben sich in Sachsen Staatsregierung und Koalitionsparteien von Anfang an all unseren Vorschlägen zur Aufklärung verweigert. An dieser Blockadehaltung hat sich bisher kaum etwas geändert.

In weniger als zwei Jahren endet die Legislaturperiode. Was kann der Ausschuss bis dahin noch leisten?

Wir werden versuchen, einen möglichst großen Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Ankla-

geschrift des Generalbundesanwalts nahezu systematisch das Umfeld der Haupttäter ausblendet. Wenn wir Wiederholungen einer solchen Mordserie verhindern wollen, muss aber gerade in diesem Bereich eine genaue Analyse erfolgen. Die Sitzungsdichte ist bereits jetzt erheblich. Aber natürlich werden wir Sondersitzungen brauchen. Uns interessiert dabei naturgemäß besonders, weshalb die Helfergruppen in Sachsen über Jahre offenbar nahezu unbehelligt agieren konnten.

Wie bewerten Sie das Nebeneinander der drei Länder- und zwei Bundesgremien?

Niemand weiß eigentlich genau, was die Bund-Länder-Kommission, die aus vier Leuten besteht, treibt. Es ist ja schon peinlich, dass eines der Mitglieder, der ehemalige Berliner Innensenator, wegen seiner Verwicklung in einen der zahllosen Skandale sein Amt umgehend niedergelegt hat. Diese Vierergruppe sucht jetzt erstmals den Kontakt zu unserem Ausschuss. Mit den Mitgliedern der LINKEN in den Ausschüssen im Bund und in Thüringen arbeiten wir eng und gut zusammen. Für uns gibt es nicht zu viele dieser Gremien, sondern eher zu wenig. Versäumnisse und Mängel wie auch Skandale gibt es ebenso mit Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hessen... Eben überall dort, wo auch der NSU aktiv war.

Gerade in Sachsen hält man die Entstehung des Nazi-Terrortrios für einen Einzelfall. Sehen Sie das ebenso?

Natürlich nicht. Ein Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik

zeigt schnell den Neonazi-Terror. Die „Deutschen Aktionsgruppen“ vor dreißig Jahren gehören ebenso dazu wie der Anschlag auf das Oktoberfest. Und von Anfang an waren Spitzel des „Verfassungsschutzes“ beteiligt. Natürlich spielte Neonazi-Terror immer eine Rolle. Nur in den Verfassungsschutzberichten seit dem Jahr 2001 nicht mehr.

Auch in Reaktion auf den NSU hat Sachsens Staatsregierung ein „Operatives Abwehrzentrum“ eingerichtet. Wie finden sie das?

Es ist ein Schritt nach vorn. Einer, der auf die zwei Schritte rückwärts früherer Jahre folgt. Wenn auch ein halbherziger und zögerlicher Schritt. Das ist keineswegs die Lösung des Problems, aber immerhin hat der Innenminister das Problem teilweise erkannt. Selbst das ist in Sachsen schon ein Fortschritt.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de

www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr



DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag